

wurde dieser Beschluß in einer großen Versammlung der Kriegsgefangenen und Zivilinternierten in Moskau, an der über 600 Kameraden teilnahmen, bestätigt. Ich selbst wurde Vorsitzender des Zentralrates.

Im Hause des ehemaligen Generalkonsulats befanden sich Fernschreiber und Morseapparate, aber wir hatten in unserer Unerfahrenheit dieser Einrichtung zunächst nicht die notwendige Aufmerksamkeit geschenkt. Am dritten Tag unserer Tätigkeit wurde der Vorsitzende des Rates zum Fernschreiber gerufen, und einigermaßen aufgeregt las ich auf dem Streifen: „Hier Haase — wünsche den Vorsitzenden des Soldatenrates zu sprechen.“ Der sogenannte Volksbeauftragte Hugo Haase aus Berlin beschwerte sich nun bitter bei mir, daß sie keine guten Nachrichten über uns hätten, daß wir mit den Sowjets zusammenarbeiteten usw. Er ließ durchblicken, daß sich das alte Generalkonsulat doch der neuen Regierung zur Verfügung gestellt hätte. Das war derselbe Haase, der zwei Tage vor Beginn des imperialistischen Krieges in Brüssel auf einer Massenkundgebung den deutschen Kriegstreibern mit der Revolution gedroht, aber nach Beginn des Krieges die Zustimmungserklärung der SPD zu den Kriegskrediten im Reichstag verlesen hatte. Ich wandte mich im Laufe des Gesprächs scharf gegen die in Berlin eingegangene Mitteilung, die eine Diffamierung unseres Arbeiter- und Soldatenrates darstellte, gegen die Lügen, daß bei der Besetzung des Konsulats wilde Schießereien stattgefunden hätten, daß konsularisches Gepäck beschlagnahmt worden sei, und ähnliche Erfindungen. Haase wünschte, mit dem Volkskommissar Tschitscherin verbunden zu werden. Tschitscherin stellte sofort die Frage, warum die russische Botschaft, die am 5. November 1918 von der Regierung des Prinzen Max von Baden aus Deutschland ausgewiesen worden war, nicht sofort nach Berlin zurückberufen worden sei. Noch am selben Tage wurde von deutscher Seite der Fernschreiber im Generalkonsulat in Moskau abgeschaltet. Die deutschen „Volksbeauftragten“ zeigten also von Anfang an ihre Feindschaft gegenüber der Sowjetregierung. Eine

solche Haltung konnte nur zum Schaden beider Völker sein.

Der Berliner Arbeiter- und Soldatenrat hatte am 10. November 1918 beschlossen, daß die deutsche Regierung sofort die diplomatischen Beziehungen zur russischen sozialistischen Regierung wieder aufnehmen und deren Vertreter nach Berlin einladen solle. Der „Rat der Volksbeauftragten“ lehnte die Durchführung dieses Beschlusses jedoch einstimmig ab. Der Vollzugsrat des Berliner Arbeiter- und Soldatenrates beschloß ferner, eine sowjetische Delegation zum ersten Rätekongreß einzuladen. Die Einladung wurde in Moskau selbstverständlich angenommen, und Anfang Dezember 1918 fuhr ein Sonderzug mit einer sowjetischen Delegation in Richtung Berlin zum Rätekongreß. Ich begleitete mit einem weiteren Vertreter unseres Zentralrats die Delegation. Trotz zugesagter Einreiseerlaubnis wurde die Einreise durch den deutschen Stab Ober-Ost verhindert. Aufgehetzte deutsche Soldaten umstellten den Sonderzug und wollten tötlich werden. Für uns wurde offensichtlich, daß hier trotz der revolutionären Erhebung vom 9. November die Reaktion schon wieder die Zügel in der Hand hatte und diktierte.

Der Stab Ober-Ost und die Regierung der sogenannten Volksbeauftragten wirkten bei der Verhinderung der Einreise zusammen. Die Sozialdemokraten und Unabhängigen Sozialdemokraten in der Regierung waren nämlich der Meinung, Deutschland dürfe es mit den Westmächten nicht verderben und die Sowjetregierung werde sowieso in einigen Wochen erledigt sein. Darum also wurde die Einreise verweigert. Wir fuhren nach Moskau zurück.

Um als Beauftragter des Zentralrates Deutscher Revolutionärer Arbeiter und Soldaten doch nach Berlin zu gelangen, schloß ich mich in Moskau einem Austauschtransport von Kriegsgefangenen an. So gelangte ich am 2. Januar 1919 nach Berlin. Durch den Reichskommissar für Kriegsgefangenen- und Flüchtlingswesen, Stücklen (Sozialdemokrat), wurde eine Besprechung bei dem „Volksbeauftragten“ Philipp Scheidemann für den 6. Januar vereinbart